

"In Kürze"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen**

Band (Jahr): **102 (2008)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«In Kürze»

Geld vom Staat für Tixi-Taxi?

Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) soll nicht nur nach Fahrplan Züge, Busse und Schiffe verkehren lassen, sondern auch den individuellen Transport von Mobilitätsbehinderten unterstützen. Dies ist die Kernforderung einer Volksinitiative, die am 5. Dezember 2007 in Zürich lanciert worden ist. Federführend ist der Verein „Tixi Fahrdienst für Menschen mit einer Behinderung“. Er könne, heisst es in der Begründung zur Initiative, seinen 1983 begonnenen Dienst ohne finanzielle Unterstützung durch den Kanton Zürich längerfristig nicht aufrechterhalten. Laut Initiativtext soll der Anteil der öffentlichen Gelder an private Behindertentransportdienste höchstens 70 Prozent der Kosten des Unternehmens betragen. Ausgehend von den Tixi-Zahlen des Jahres 2006, entspräche das einem Staatsbeitrag von Fr. 585'000 pro Jahr oder 0,08 Prozent des Jahresaufwands des ZVV, rechnet der Verein vor.

Neues Rentenkonzept von Ulrich Grete

Der Verwaltungsratspräsident des AHV-Ausgleichsfonds, Ulrich Grete, kritisiert, dass die obligatorische Altersvorsorge auf zwei Systeme aufgeteilt ist. Das führe zu unnötigen Kosten, vor allem bei tiefen Einkommen. Er plädiert für die Abschaffung des Obligatoriums in der beruflichen Vorsorge, in der die Politik heute den Pensionskassen unrealistische Eckwerte vorschreibe. In einem freiwilligen System wäre das nicht mehr möglich. Im Gegenzug schlägt Grete den Ausbau der AHV vor. Die Minimalrenten für Einzelpersonen würden auf etwa 3000 Franken angehoben. Lobende Worte findet der Präsident des Ausgleichsfonds für die neue Vorlage zur IV-Zusatzfinanzierung, die auch die Abkoppelung der IV von der AHV vorsieht.

Pflegeheime kosteten 2007 knapp 7 Mia. Franken

83'000 Personen leben in der Schweiz in Alters- und Pflegeheimen, 28'000 in Behindertenheimen. 70 Prozent der Pflegeheim-Bewohner sind Frauen, eine von vier Personen ist über 90 Jahre alt. Im Schnitt bleibt eine Person 992 Tage in einem Pflegeheim. Jeder hundertste Mann und jede fünfzigste Frau im Alter von 65 bis 79 Jahren lebt in der Schweiz im Pflegeheim. Bei den über 80-Jährigen steigt die Quote auf 12 und bei den Frauen auf 22 Prozent, wie die am 10. Dezember 2007 veröffentlichte Statistik der sozialmedizinischen Institutionen 2006 zeigt. Bei den über 95-Jährigen lebt die Hälfte im Pflegeheim. Die Kosten erhöhten sich 2006 auf knapp 7 Milliarden Franken.

Psychisch Kranke oft nicht behandelt

Text: Beat Bühlmann im Tages-Anzeiger vom 23. November 2007

Ein Fünftel der Bevölkerung sucht trotz psychischer Probleme keine therapeutische Hilfe. Das führe zu mehr Suiziden und IV-Renten, sagen die Psychotherapeuten.

Laut wissenschaftlichen Untersuchungen leiden in der Schweiz etwa 25 Prozent der Bevölkerung an psychischen Störungen. Doch nur 5 Prozent begeben sich in psychiatrische oder psychotherapeutische Behandlung. Aus Sicht der Volksgesundheit müsse man deshalb „von einer eigentlichen Unterversorgung sprechen“, sagte Thomas Merki, Präsident des Schweizer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten Verbandes (SPV), an einer Medienkonferenz in Bern. Besonders gravierend sei das Manko in den ländlichen Gebieten. „Eine Zunahme der Behandlungen ist dringend nötig“, sagt Merki.

Zehnfach höheres IV-Risiko

Laut SPV betrifft die Unterversorgung vor allem die Altersgruppe der jungen Erwachsenen (18- bis 25-jährig) sowie der älteren Personen (über 74 Jahre). Das sei umso gravierender, als Suizide bei jungen Menschen die zweithäufigste Todesursache und auch bei Rentnern verbreitet sind; jede dritte Selbsttötung in der Schweiz betrifft einen AHV-Bezüger. Selbst der markante Anstieg der psychisch begründeten IV-Renten ist laut Merki auf die Vernachlässigung dieser Krankheiten zurückzuführen. „Eine frühe Behandlung könnte den Krankheitsverlauf positiv beeinflussen.“ In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der IV-Renten aus psychischen Gründen verdoppelt. Sie machen inzwischen 37 Prozent aller Invalidenrenten aus.

„Wer als Jugendlicher an einer psychischen Erkrankung leidet, besitzt ein acht- bis zehnfach erhöhtes Risiko, im Erwerbsalter eine IV-Rente zu beziehen“, erklärte vor kurzem das Aktionsbündnis Psychische Gesundheit Schweiz, dem über 30 Fachorganisationen angehören. Alard Du Bois-Reymond, IV-Chef beim Bundesamt für Sozialversicherung, bezweifelt jedoch, dass die Zunahme der IV-Renten auf eine psychische Unterversorgung zurückzuführen ist. Man müsse im Gegenteil davon wegkommen, psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz nur aus medizinischer Sicht zu

behandeln. Stattdessen müssten die sozialen und beruflichen Faktoren stärker gewichtet werden.



Psychotherapie am Arbeitsplatz

Ob die wachsende Zahl der IV-Renten auf die Geringschätzung der psychischen Erkrankungen zurückzuführen ist, kann die Präsidentin von Pro Mente Sana, SP-Nationalrätin Pascale Bruderer, nicht sagen. Es gebe zu wenig Zahlen, um diese Kausalität zu belegen. Entscheidend sei nun, bei der Umsetzung der 5. IV-Revision die psychotherapeutische Begleitung am Arbeitsplatz zu verbessern. „Nur so kann die Wiedereingliederung gelingen.“ Das Thema psychische Gesundheit bleibt auf der Agenda der Politik. Es brauche endlich eine gesetzliche Grundlage, um die Bevölkerung besser zu schützen, fordert das Aktionsbündnis von Psychiatern und Psychotherapeuten. Obschon jedes Jahr 70'000 Menschen neu erkrankten und die Folgekosten in Milliardenhöhe lägen, bleibe der Bund passiv. Der Zürcher FDP-Ständerat Felix Gutzwiller stösst ins gleiche Horn. Mit einer Motion fordert er den Bundesrat auf, innert zwei Jahren konkrete Massnahmen zu ergreifen, welche die psychische Gesundheit der Bevölkerung rasch und nachhaltig verbessere.

In Grundversicherung aufnehmen

Laut Psychotherapeuten-Verband droht jedoch ein „Versorgungsengpasse“, weil es immer weniger Psychiater gebe. Nur 8 Prozent von ihnen seien jünger als 40 Jahre. Der SPV fordert deshalb die Zulassung zur Grundversicherung, sodass sie direkt von den Krankenkassen bezahlt werden müssten. Das Bundesamt für Gesundheit will die Kassenpflicht aber erst prüfen, wenn das Berufsbild der Therapeuten und Psychologen im neuen Gesetz geregelt ist. Es soll 2009 vorliegen. Santésuisse wehrt sich gegen die Kostenpflicht, denn sie führe zu einem „Kostenschub“.